

CDU-Fraktion Marienheide | Flurstr. 5a | 51709 Marienheide

Fraktionsvorstand

An den
Vorsitzenden des Gemeinderats
BM Stefan Meisenberg

Sebastian Göldner
Flurstr. 5a
51709 Marienheide
Tel.: 02264 / 286748
sebgoeldner@gmail.com

Haushaltsrede zum Haushaltsplan 2024

Marienheide, 05.12.2023

Katharina Kronenberg
Talsperrenstraße 5
51709 Marienheide
Tel.: 02264 / 286461
Katharina.Kronenberg@web.de

www.cdu-marienheide.de

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger von Marienheide,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Pressevertreter,

die Folgen von Welt-, Ampel-, Landes- und EZB-Politik sind in Marienheide angekommen.

Sah die mittelfristige Finanzplanung für 2024 eine Unterdeckung von knapp 850 TEUR vor, sieht es nun deutlich schlechter aus. Der Wegfall der Isolierungshilfe für Schäden wegen der Corona-Krise und des Ukraine Krieges belastet unseren Haushalt mit zusätzlichen 1,4 Mio. EUR. Einerseits ist dies eine sehr hohe Belastung, andererseits hören wir damit auf, die Zeche auf den Deckel zukünftiger Generationen zu schreiben.

Diesen Deckel bezahlen wir nun sofort.

Aufgrund unserer Gewerbesteuererinnahmen der letzten beiden Jahre und der aktuellen Konjunkturlage bekommen wir 2024 geringere Schlüsselzuweisungen. Hierdurch wächst unser Defizit um weitere 1,1 Mio. EUR an. Hinzu kommen erhöhte Zinsaufwendungen (650 TEUR), der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst (300 TEUR) sowie inflationsbedingt erhöhte Aufwendungen für Sach- und Transferleistungen (500 TEUR).

Durch diese Positionen sieht der Haushaltsplan für 2024 eine Unterdeckung von 4,8 Mio. EUR vor.

Doch welchen Mehrwert haben die Marienheider Bürgerinnen und Bürger von diesem fast 4 Mio. EUR höheren Defizit? Nahezu keinen! Leider sind wir in all diesen Positionen fremdbestimmt.

Was macht dieses Ergebnis mit unserem Eigenkapital bzw. unseren Rücklagen?

Unsere in den letzten Jahren aufgebaute Ausgleichsrücklage von 2,4 Mio. EUR wird vollständig aufgefressen.

Unsere allgemeine Rücklage wird ebenfalls mit 2,4 Mio. EUR belastet.

Ein erster Schritt Richtung Haushaltssicherung.

Aber sollten wir deswegen in diesem Jahr die Steuersätze erhöhen? Wir sagen nein!

Die Marienheider Bürgerinnen und Bürger kämpfen ebenfalls mit den Folgen der Inflation. Die Marienheider Unternehmen kämpfen mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Ampelpolitik.

In diesem Jahr bleiben die Grund- und Gewerbesteuersätze konstant – so wie die letzten 7 Jahre zuvor.

Ein weiteres Thema, das die Ressourcen unserer Gemeinde stark belastet, ist die Unterbringung von Geflüchteten. Hier adressieren wir eine klare Botschaft nach Berlin – die Grenzen der Kommunen, auch in Marienheide, sind erreicht! Ohne das große Engagement aus der Bevölkerung – zuletzt gewürdigt beim Bürgerpreis- würden wir noch deutlich schlechter dastehen. Die Einrichtung einer möglichen landesbetriebenen Erstaufnahmestation im ehemaligen VDK-Heim mit 200 oder mehr Plätzen lehnen wir ab. Die bisher sehr lobenswerte Arbeit der Verwaltung im Rahmen der dezentralen Unterbringung von Geflüchteten sollte fortgeführt werden – auch wenn dies aufgrund fehlenden Wohnraumes immer schwieriger wird.

Trotz all dieser Hintergründe tätigen wir wichtige Zukunftsinvestitionen für unsere Gemeinde und unsere Infrastruktur.

Straßenbaumaßnahmen, Kanalbaumaßnahmen, Investitionen in die Schulen, der Anbau am Feuerwehrgerätehaus Marienheide. Auch unser Herzensprojekt – der Umbau des Ortskerns – zu einem Großteil finanziert durch Fördermittel -wird 2024 endlich umgesetzt. Jeder der sieht wie positiv sich die Kreisverkehre und deren Umfeld auf das Ortsbild auswirken, kann sich vorstellen, wie positiv sich die Umgestaltung der beiden zentralen Plätze auswirken wird. Ebenso die Fertigstellung des Heilteichgeländes – auch hier bekommen wir umfangreiche Fördermittel.

Der Verwaltung – insbesondere Frau Kranenberg und ihrem Team - bescheinigen wir bei der Aufstellung des Haushaltsplans eine gute Arbeit.

Bei zwei Haushaltspositionen sehen wir jedoch noch weiteren Beratungsbedarf.

Das eine Sanierung des Rathauszugangs erforderlich ist, das weiß jeder der schon mal über die Warnbarke auf der Rathauptreppe gestolpert ist. Das eine Modernisierung des Bürgerservicebereiches erforderlich ist, weiß jeder der mal versucht hat, dort diskret etwas zu beantragen.

Aber ob wir für diese beiden Positionen in den nächsten zwei Jahren insgesamt 1,3 Mio. EUR investieren, oder ob es noch andere günstigere Versionen gibt, darüber müssen wir im Fachausschuss beraten. Deswegen haben wir für beide Positionen einen Sperrvermerk beantragt. Die Mittel sollen bis zur Freigabe oder ggf. Teilfreigabe durch den Rat gesperrt werden.

Denn diese Investition belastet zukünftige Haushalte mit einer jährlichen Abschreibung von 25 TEUR und beim aktuellen Zinsniveau mit Zinskosten von anfänglich ca. 50 TEUR.

Und die Aussichten für die nächsten Haushalte sind nicht gut.

Um 2025 nicht in die Haushaltssicherung zu kommen, ist in der Planung -anders als für 2024- eine Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer vorgesehen. Lasst uns alle zusammen daran arbeiten, dass es nicht so weit kommt!

Unter der Bedingung der Sperrvermerke für die beiden eben genannten Haushaltspositionen stimmen wir dem Haushaltsplan 2024 zu.

Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit!

gez.
Sebastian Göldner